



Ellen Ueberschär

Der Kirchentag – ein Podium auch für die AfD?

Die politische Konstellation in Deutschland hat sich verändert. Rechtspopulistische Strömungen erstarken und gehören zum politischen Bild. Nach dem Streit um die Ausladung der AfD von Diskussionsveranstaltungen des Katholikentags wurde die Entscheidung des Deutschen Evangelischen Kirchentags mit Spannung erwartet. Dr. Gerdi Nützel sprach mit der Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentags, Dr. Ellen Ueberschär.

Liebe Frau Ueberschär, erst gab es die PEGIDA-Demonstrationen, jetzt sitzen in zehn Landesparlamenten gewählte Vertreterinnen und Vertreter der AfD. Welche Konsequenzen hat dies für den Kirchentag 2017?

Das Präsidium des Kirchentags hat sich mehrfach mit dieser Frage beschäftigt, und zwar nicht unter dem Aspekt, welche Rolle die AfD spielen soll, sondern was eigentlich diesen rechtspopulistischen Ruck bewirkt hat und warum die Gesellschaft gespalten ist. Die Demokratie ist herausgefordert, das ist nicht nur eine Frage von einer Partei. Die Haltung des Kirchentags dazu führt die in den 80er-Jahren angesichts des Aufkommens der Republikaner getroffene Entscheidung fort, dass Andersdenkende nicht vom Kirchentag ausgeschlossen werden, aber Kirchentage auch keine Foren für populistische Positionen sind. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hat auf den Podien des Kirchentages keinen Platz. Diese Linie führen wir jetzt fort. Das heißt konkret, dass wir drei Kriterien für die Auswahl von Personen haben. Der Kirchentag ist ein Forum der offenen und fairen Debatte. Das ist die Voraussetzung. Die Kriterien sind: zum einen die fachliche Eignung, zum zweiten darf diese Person keine rassistischen Äußerungen verbreitet haben und zum dritten keine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in öffentlichen oder sozialen Medien gezeigt haben. Alle Referenten und Referentinnen werden auf diese Kriterien geprüft werden. Uns ist als Kirchentag wichtig, dass diese Kriterien nachvollziehbar sind, damit sich einerseits bestimmte Gruppen nicht als Opfer darstellen und damit andererseits aber auch eine Auseinandersetzung

zwischen verschiedenen Positionen zum Beispiel zu Themen wie Gender, Familie, Flüchtlinge oder Homophobie geführt wird. Wir wollen der Frage nachgehen, woher kommen eigentlich diese Ängste und Verunsicherung in dieser so reichen und saturierten Gesellschaft? Das heißt, dass auch Positionen Gehör finden werden, die kritisch zur völligen Offenheit gegenüber einwandernden Flüchtlingen stehen, aber nicht rassistisch sind. Das ist ein schwieriger Weg, aber der Kirchentag darf sich als ein Forum für eine faire gesellschaftliche Debatte nicht auf bestimmte Gruppen oder Milieus beschränken. Wie kommt diese Gesellschaft zu einem gerechteren, solidarischerem Zusammenleben – das ist die Frage.

Welches „Wir“ wünschen Sie sich für den Kirchentag?

Wir wünschen uns Menschen, denen der Zusammenhalt in der Gesellschaft nicht egal ist. Sie müssen nicht unbedingt evangelisch sein, aber sie sollen offene, neugierige, kritische Menschen sein, die konstruktiv und nicht destruktiv über Glaubensfragen und den Zusammenhalt der Gesellschaft diskutieren. Es geht nicht um ein „Wir“ gegen „Die“, sondern um das gemeinsame Bemühen, eine Zukunft dieses Landes zu entwerfen, die lebenswert für uns und die Generationen nach uns ist.

Manche Stimmen warnen die Kirchen davor, sich in der jetzigen Situation zu eindeutig mit einer bestimmten politischen Position zu identifizieren und damit indirekt Gläubige auszuschließen, die eine andere Auffassung, zum Beispiel in der Flüchtlingsfrage vertreten. Damit werde die Polarisierung in der Gesellschaft vorangetrieben.

Wir wollen der Frage nachgehen, woher kommen eigentlich diese Ängste und Verunsicherung in dieser so reichen und saturierten Gesellschaft?



Wir haben bestimmte biblische Grundlagen, die relativ eindeutig sind. So heißt es im Alten Testament: „Du sollst den Fremdling nicht bedrücken.“ Im Neuen Testament wird als Kriterium für das Reich Gottes in Matthäus 25 formuliert, ob wir die Fremden, die Armen, die Notleidenden aufgenommen haben. Das sind eindeutige Wegweisungen für unser Verhalten gegenüber Flüchtlingen.

Andererseits nimmt die Kirche die Ängste und Sorgen der Menschen auf und muss mit den islamophoben Tendenzen in der Gesellschaft umgehen. Die Kirche selbst hat eine lange Geschichte der Ausgrenzung gegenüber anderen Religionen. Denken wir nur an die Pyramide der Wertigkeit der Religionen, bei der Schleiermacher unten die Naturreligionen platzierte und die Christen an die Spitze setzte. Wir haben als Kirche in dieser Hinsicht viel Schuld auf uns geladen, dafür müssen wir Verantwortung übernehmen und das gut bearbeiten.

Das bedeutet auch, die tiefen Ängste mancher Menschen, zum Beispiel vor Muslimen ernstzunehmen und auch die Probleme bei der Aufnahme von Flüchtlingen nicht kleinzureden. Das ist extrem anstrengend und herausfordernd. Aber denken wir nur an die Anstrengung und die konfliktgeladene Gemengelage, die damals in den 1940er- und 1950er-Jahren die Aufnahme der Flüchtlinge aus den ehemaligen Ostgebieten des deutschen Reiches mit sich brachte. Jetzt kommen die Menschen noch aus einem anderen Kulturkreis. Es ist beeindruckend, wie sich viele engagieren, aber man muss auch offen sagen können, wo etwas nicht läuft und wo es, zum Beispiel bei den Tafeln, Konkurrenz zu einheimischen Menschen gibt, die auf Hilfe angewiesen sind. Denn eng wird es nicht für die Menschen, die sicher leben und ein gutes Einkommen haben, sondern für diejenigen, die ohnehin weniger haben. Für diese Konkurrenz muss auch die Kirche Lösungsvorschläge entwickeln und nicht dem Konflikt ausweichen.

Islamfeindlichkeit gibt es ja vor allem dort, wo wenige Muslime wohnen. Viele hatten noch nie eine Begegnung mit Muslimen, waren noch nie in einer Moschee. Ergreift der Kirchentag auch in dieser Hinsicht Initiative?

Begegnungen zu inszenieren, ist für uns ein wichtiges Element. Eine offene Moschee ermöglicht Menschen einen Einblick, was dort eigentlich los ist. Viele Ängste, Vorurteile und Projektionen werden so aufgelöst. Wir haben gerade beim nächsten Kirchentag eine ganze Reihe von Begegnungsformaten: So wird es einen Mittagstisch der Migrationskirchen geben. Die Berliner Ökumene wird Feierabendmahle anbieten. Die „Lange Nacht der Religionen“ wird in Kooperation mit dem Kirchentag stattfinden. Es war für die Evangelische Kirche in Berlin schon ein muti-

ger Schritt, dem zuzustimmen und damit ein deutliches Zeichen für ihre Akzeptanz der religiös pluralen Situation zu setzen. Alle diese Begegnungen werden bewusst machen, dass die christliche Geschichte das von vielen gern so genannte Abendland geprägt hat, dass sich aber etwas verändert. Die Toleranz muss sich in Akzeptanz des Islam und Zusammenarbeit wandeln. Begegnungsräume dafür zu schaffen, ist ein ganz wichtiger Schritt.

Für uns gehört dazu auch wesentlich die Begegnung mit den orthodoxen Kirchen, die eine ökumenische Eucharistiefeier ähnlich wie beim Kirchentag in München feiern werden, und natürlich sowieso die Kooperation mit den Freikirchen. Die methodistische Kirche ist ja auch in unseren Kirchentagsstrukturen vertreten. Das ökumenische Bewusstsein gehört zur DNA des Kirchentags.

Könnte es sein, dass die Ermahnung einer Berliner Journalistin, sich als Kirche nicht zu stark mit einer politischen Meinung zu identifizieren, eher der Westtradition entspricht?

Die Kirchen in Deutschland waren ihrem Selbstverständnis nach immer „Volkskirche“. Das galt auch für die Kirchen in der DDR. Je mehr sie sich zum Sprachrohr der Unzufriedenen, der Bürgerbewegung machten, um so mehr erhoben sie den Anspruch: Wir sprechen hier für alle. Der Kirchenhistoriker Kurt Nowak hat einmal von dem „protestantischen Gouvernamentalismus“ gesprochen.

Ein Problem könnte allerdings sein, dass wir auch innerhalb der Kirche nicht immer zuhören. Natürlich gibt es in einer Kirche mit 25 Millionen Mitgliedern, wie es die EKD ist, ganz unterschiedliche Auffassungen. Deshalb ist es wichtig, umstrittene Themen auch innerhalb der Kirche anzugehen.

Welches „WIR“ würden Sie sich denn für Deutschland und Europa wünschen?

Nach meiner Meinung sind insbesondere mit den Kirchen in Mittel- und Osteuropa, wie in Ungarn, Polen, Tschechien, intensivere Gespräche notwendig. Gerade die protestantischen Kirchen dort sind sehr klein, aber in ihren Reihen gibt es oft einerseits ein großes Engagement in der Flüchtlingsfrage und andererseits auch sehr unterschiedliche Meinungen. Das, was wir hier davon zu hören bekommen, ist oft nur ein kleiner Ausschnitt. Ich hoffe, dass insbesondere im Zentrum Mittel- und Osteuropa auf dem Kirchentag 2017 davon wirklich etwas zur Sprache kommt. Das bedeutet auch, dass wir noch einmal neu über eine gemeinsame europäische Identität mit ihnen nachdenken müssen. Welche Themen sind offen? Wer hat in den letzten Jahrzehnten von der Globalisierung profitiert? Wer hat für die ideologischen und militärischen Konflikte im

20. Jahrhundert am meisten bezahlt? Wenn wir einmal zwei Schritte in den Schuhen der anderen gehen würden, käme es vielleicht zu einem Perspektivwechsel. Einen solchen streben wir auch mit dem Thementag „Europa“ und dem „centre for reformation and transformation“ an, für das die Beteiligten aus Asien und Afrika ihre Themen für uns mitbringen.

Es gab bei der letzten europäischen Versammlung der Kirchen in Sibiu 2007 den Wunsch nach einem europäischen Kirchentag. Gibt es inzwischen konkrete Schritte daraufhin?

Wir werden den Kirchentag nicht nach Europa exportieren. Ein europäisches Ereignis muss ökumenisch sein und es muss in echter ökumenischer Kooperation geplant werden. Anfang der 2020er-Jahre wird es hoffentlich so weit sein. Mehr als es in Sibiu der Fall war, sollen auch Laienbewegungen und die Zivilgesellschaften einbezogen sein.

Welches „WIR“ wünschen Sie sich im Blick auf die Entwicklung in Europa?

Ich wünsche mir, dass das Bewusstsein des hohen Wertes, den Frieden und ein solidarisches Miteinander haben, wieder wächst. Ich wünsche mir, dass die Europäer und Europäerinnen weniger den populistischen Bewegungen hinterherlaufen. Dafür ist eine Politik Voraussetzung, die für die Menschen gemacht wird und nicht den Zwängen verschiedener Lobbyisten folgt, die die Interessen des großen Kapitals vertreten. Ich wünsche mir eine glaubwürdige Politik und politisch aktive Bürgerinnen und Bürger in Europa. Für mich stellt besonders die Generation der jungen Leute, die zum Beispiel über das Erasmusprogramm an vielen Stellen Europas direkte Erfahrungen sammeln konnten, eine große Hoffnung dar. Das sollte doch Konsequenzen für die Kontexte haben, in denen sie sich dann einbringen. Ich hoffe, dass ich die Früchte dieses Prozesses sehen kann. Das würde ich mir sehr wünschen.



Foto: Jens Schulze

Ellen Ueberschär

Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentags.

Warum AfD?

Klara Butting im Gespräch mit Jacques Voigtländer

Jacques, wie erklärst du dir den Wahlerfolg der AfD?

Die bisherigen Parteien sind konturenlos. Grüne, SPD, CDU sind in Teilen auswechselbar. Die große Koalition verstärkt das. Wir haben keine echte Opposition. Dadurch finden die, die unzufrieden sind, kein Ventil.

Wie sollte „die Politik“ mit dem Zulauf, den Rechtspopulismus findet, umgehen?

Die Parteien müssen ihr Profil wieder herausbilden. Wo ist das soziale Gewissen der SPD? Wo kann man erkennen, dass die SPD stärker als alle anderen für soziale Werte eintritt? Wie sieht es mit ihrer Bildungspolitik aus? Wir sind eines der Länder, wo Bildung im Wesentlichen nur über soziale Herkunft determiniert ist. Wenn einer aus einem unterprivilegierten Elternhaus kommt, hat er im Bildungsbereich kaum Chancen. Das ist eine Katastrophe.

Die AfD gibt den Menschen eine Möglichkeit, sich wieder zu Wort zu melden. Sie hat dazu geführt, dass viele Leute überhaupt wieder zur Wahl gegangen sind. Die Menschen merken: Wenn ich diese Protestpartei wähle, dann merken die anderen was! Wenn es zu einer Erneuerung der anderen Parteien kommen soll, muss man der AfD fast dankbar sein.

Wir müssen uns wieder Gedanken machen, über die Menschen, die man alleine lässt, die unterprivilegiert sind. Wenn sie anfangen zu stören, werden die Parteien dazu gezwungen. Das ist eine langfristige Sache. Jetzt reden alle über Integration. Aber dabei geht es ja nicht um die Integration von Deutschen. Integration ist das Schlagwort schlechthin, aber damit fühlen diejenigen, die AfD gewählt haben, sich nicht gemeint. Und sie sind auch nicht gemeint. Wer denkt darüber nach, wie man die Situation der Armen bessern kann? Eigentlich keiner.



Jacques Voigtländer ist Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion in Uelzen.